Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268 — Organ für das werktätige Volk — Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Neue Welten", „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., vierteljährlich 5.88 M., außerdem „Volk und Zeit" monatlich 0.65 M. Bestellgeld 1.05 M. zuzüglich Porto, Postzeitungsgebühr 0.42 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur werktags von 12—1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12702. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 34 mm breite Nonpareillezeile 36 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 220 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M., Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche ohne Preisrabatt. Für Wiederholungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 272 | Dresden, Sonnabend, den 22. November 1930 | 41. Jahrgang

Korruptionsskandale in Paris

Tardieu arg bedrängt

P. Paris, 21. November. (Eig. Drahtbericht.)

Mit 585 gegen 10 Stimmen hat die Kammer die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern beschlossen, die nicht nur den Oustric-Skandal, sondern auch alle ähnlichen Skandale seit Kriegsende aufklären soll. Die Regierung Tardieu hat sich also zu einem völligen Rückzug entschließen müssen, indem sie die Untersuchung zugab. Allerdings hat sie als Gegenleistung für diese Bewilligung durchzusetzen versucht, daß die Untersuchung ins Uferlose ausgedehnt werde und nach Möglichkeit mit einer Verschleppung enden soll.

Begonnen hatte es mit der sozialistischen Enthüllung über Beteiligung von Ministern an den dunklen Geschäften des Bankiers Oustric, dessen Zusammenbruch Tausende ruinierte. Der Justizminister mußte sofort zurücktreten.

Die heutige Debatte, die dem Einstimmigkeitsentschluß der Kammer voranging, war nichts anderes als ein stundenlanges Waschen schmutziger Wäsche, und wiederholt kam es zu Skandalszenen. Die erste davon brach in dem Augenblick aus, als auf einen anonymen Zwischenruf von rechts der sozialistische Abgeordnete Renaudel an die nahen Beziehungen Tardieus zu der berüchtigten Kolonialgesellschaft Ngoko Sanghe erinnerte. Den Höhepunkt jedoch erreichte der Tumult, als der radikale Parteiführer Daladier in äußerst wirksamer Rede erklärte, kein Vertuschungsversuch könne die volle Aufklärung des Oustric-Skandals verhindern. An der Börse erzähle man sich offen, daß nicht weniger als 32 Parlamentarier dabei aufs schwerste kompromittiert seien, und daß von diesen kompromittierten Persönlichkeiten sogar mehrere als Minister in der Regierung sitzen. Der Abgeordnete Bouesse berichtete, daß ein Offizier der Fliegerwaffe von einem Industriellen 400 000 Frank Bestechungsgelder erhalten habe usw.

Ob der Kammerausschuß wirklich säubern kann — steht dahin.

*

Die Sozialisten gegen Tardieu. Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, bei der Abstimmung über die Genehmigung eines Ausnahmekredits von einer Milliarde Frank für die Auffüllung der Munitions- und Heeresbestände gegen die Regierung zu stimmen.

Seipel und Schober

Einigung Christlichsozial — Großdeutsch

A. Wien, 21. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitag fanden zwischen Vertretern der christlichsozialen Fraktion und des Schober-Blocks Besprechungen statt, in denen die Vertreter feststellten, daß die sachlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Schober-Block unter Führung der Christlichsozialen Partei grundsätzlich gegeben seien. Auch über die Einbeziehung des Heimatblocks in die parlamentarische Mitarbeit hätte sich prinzipielle Uebereinstimmung ergeben. Grundlagen für die parlamentarische Zusammenarbeit der Mehrheitsgruppen sollten besonderen Abmachungen vorbehalten bleiben.

Ueber die Stellung der Sozialdemokraten schreibt die Arbeitszeitung in ihrem Leitartikel u. a., daß jede Einbeziehung des Heimatblocks in die Regierungskoalition der klaren Entscheidung des Volkes widerspreche. Die Entscheidung des Volkes habe die Sozialdemokraten zur stärksten Partei gemacht. Die Sozialdemokraten strebten nicht nach Ministerstellen, aber sie haben nach der Entscheidung des Volkes Anspruch auf volle Gleichberechtigung und Mitbestimmung. Die Fortführung eines antimarxistischen Kurses widerspreche also der Entscheidung des Volkes.

A. Wien, 22. November. (Eig. Funk.) Der Schober-Block (Großdeutsche und Landbund) erklärt, daß er hinsichtlich der Einbeziehung des Heimatblocks in die neue Regierungskoalition keineswegs einen positiven Standpunkt vertreten habe. Es solle erst später darüber verhandelt werden.

„Drücken darfst du mich, Süßer — aber liebe mich!"

Ein wichtiges Geständnis

Warum die Nazis gegen sofortige Aufhebung der Youngzahlungen waren

Mit Hilfe der Nazis wurde kürzlich im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags der Antrag abgelehnt, die Young-Planzahlungen einzustellen. Das war ein Verrat an den Versprechungen und der Phraseologie, mit denen die Nazis nationale Wähler köderten. Den Hitler-Leuten ist dies jetzt peinlich, und sie riskieren die sonderbarsten Verrenkungen, um an der Sache vorbeizureden. Das nationalsozialistische Blatt für Sachsen hetzt einen ganzen Artikel daran, um schließlich die Hauptsache zuzugeben. Das wird in dem Blatte so gemacht:

„Die Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuß hatten einen Antrag vorgelegt, der an die Wurzel des heutigen inner- und außenpolitischen Uebels setzte: Sie forderten, sofort die nötigen Schritte zur Aufhebung des Versailler Vertrages und der aus ihm resultierenden Tributverträge (auch des Young-Planes) zu unternehmen."

Gegen diesen Antrag stimmten mit den Regierungsparteien auch die Kommunisten. Die brachten schließlich einen eigenen Antrag auf sofortige Einstellung aller Young-Planzahlungen. Gegen diesen Antrag stimmten außer den Regierungsparteien auch die SPD., und die Nazis enthielten sich der Stimme. Zur Begründung erklärt das sächsische Naziblatt:

„Nach dem Abkommen vom 20. Januar 1930 ist der Fall vorgesehen, daß eine deutsche Regierung den Willen kundtun kann, den Young-Plan „zu zerreißen". Der Haager Gerichtshof würde dann zweifellos gegen Deutschland entscheiden, und die Gegner hätten „volle Handlungsfreiheit". Ganz abgesehen davon, wie ein kommender deutscher Staatsgerichtshof einmal über deutsche Minister urteilen wird, so ist der Antrag der KPD. nichts anderes gewesen als ein provokatorischer Versuch, das deutsche Volk auf Grund der heutigen Lage einer „berechtigten" Vergewaltigung preiszugeben, es von der ganzen Welt zu isolieren ... Wir haben uns deshalb dem provokatorischen Antrag der KPD. gegenüber der Stimme enthalten ..."

Die Nazis geben also zu, daß sie das ihrige getan haben, damit der Antrag der KPD. nicht angenommen wurde. Wie sie das begründen, ist ihre Sache, und wir sind die letzten, die etwa bestreiten möchten, daß ihre Haltung in diesem Punkte ganz vernünftig war. Sie gestehen damit, daß auch sie sich nicht über die tatsächlichen Machtverhältnisse hinwegsetzen wollen und können, daß auch sie es für richtig halten, Erleichterungen der deutschen Zahlungen und Revision des Versailler Vertrages auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Ganz unsere Meinung. Wir gehen nur in der Beurteilung der Aussichten und der gegenwärtigen Möglichkeiten etwas auseinander, und wir lügen der Oeffentlichkeit keine andere Auffassung vor! Das wäre der kleine Unterschied.

Ist das nun endlich die Wahrheit, die das nationalsozialistische Blatt verlangt? Wir sind mit dem Geständnis sehr zufrieden. Es wird bei künftigen Wahlen hoffentlich die nötige Wirkung tun. Die Nazis wollen plötzlich Deutschland „keiner ‚berechtigten' Vergewaltigung preisgeben" — genau wie die „verräterische" SPD.!

Der große Diebstahl

118 Mandate der Arbeiterklasse geraubt!

„Nur, solange die Arbeiter und Angestellten glauben, daß auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihre Standes- und Klasseninteressen dem Volksinteresse unterordnen, wie sie selbst es tun, werden sie die Arbeitnehmerwählermassen bei den bürgerlichen Parteien festhalten können."

Reichstagsabg. Walter Lambach, Politische Wochenschrift 1927, Nr. 2

SPD. Schon im Januar 1927 hat Walter Lambach, Geschäftsführer im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, damals noch Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, heute Gefolgsmann des Herrn Treviranus, auf folgende Tatsachen aufmerksam gemacht: Nur ein Drittel aller Reichsangehörigen gehört zum Bürgertum im weitesten Sinne, zwei Drittel müssen aber zur Arbeitnehmerschaft gerechnet werden. Würden alle Arbeitnehmer nach ihren Klasseninteressen stimmen, so bekäme der Reichstag ein Gesicht, das diesem Verhältnis entspräche: ein Drittel Parteien des Bürgertums, zwei Drittel politische Vertretung des arbeitenden Volkes. Wir wissen, daß das für den vorigen Reichstag nicht zutraf. Ist es im neuen Reichstag besser geworden?

Die Arbeiterklasse im neuen Reichstag

Neben den 143 Abgeordneten der Sozialdemokratischen und den 77 Abgeordneten der Kommunistischen Partei zählt der Reichstag vom 14. September noch 47 Abgeordnete, die aus der Arbeitnehmerklasse kommen. 310 Abgeordnete vertreten entweder versteckt oder offen kapitalistische, antiproletarische Interessen. Würde sich das Verhältnis zwischen Besitzbürgertum und Arbeiterklasse, also ein Drittel und zwei Drittel, auch in der Zusammensetzung des Reichstags äußern, so würden die bürgerlichen Parteien insgesamt nur über 192, die Arbeiterparteien dagegen über 385 Mandate verfügen. Oder anders ausgedrückt: die bürgerlichen Parteien haben in diesem Reichstag 193 Abgeordnete mehr, die Arbeiterparteien dagegen 119 Abgeordnete weniger, als es der Stärke der hinter ihnen stehenden Klassen entspricht. 118 Mandate sind der Arbeiterklasse gestohlen worden; nicht, wie vor dem Kriege, durch ein Klassenwahlrecht oder durch die ungleiche Einteilung der Wahlkreise, sondern durch das Kapital. Es hat auch diesmal noch weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung glauben machen können, daß auch die Industriellen, Beamten und Landwirte in ihren Parteien ihr Standes- und Klasseninteresse dem Volksinteresse unterordnen, wie es Lambach formuliert hat.

Die Arbeiterparteien

Eindeutige und zweifelsfreie Vertreter der arbeitenden Klassen sind nur die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei. Stellt man die Fraktionen beider Parteien nebeneinander, so ergibt sich, daß sie in ihrer sozialen Herkunft nicht sehr voneinander verschieden sind. Das muß deshalb betont werden, weil die Kommunisten immer wieder behaupten, daß nur sie allein „die einzige Arbeiterpartei" seien. Nehmen wir die sozialdemokratischen Abgeordneten nach ihrem ursprünglichen Berufen, die allein über ihre Klassenherkunft entscheiden, so finden wir unter den 143 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion 96 Handwerker, 4 Landarbeiter, 18 Angestellte, 7 Lehrer, zumeist Volksschullehrer, 4 Beamte, 4 Juristen, 1 Arzt, 1 Kaufmann, 1 selbständiger Landwirt, 12 freie Berufe. Die kommunistische Fraktion mit 77 Mitgliedern setzt sich zusammen aus 60 Handarbeitern, 1 Landarbeiter, 5 Angestellten, 1 Lehrer, 1 Jurist, 1 Kaufmann, 1 Landwirt, 7 freie Berufe. Es ergibt sich, daß die Sozialdemokratische Partei Wert darauf legt, die Vertretung des gesamten arbeitenden Volkes zu sein, während die Kommunistische Partei ihre Abgeordneten vornehmlich der industriellen Arbeiterschaft entnimmt.

Arbeitervertreter in bürgerlichen Parteien

Das Zentrum zählt unter 68 Mitgliedern der Fraktion 18 Arbeiter und Angestellte. Daneben finden wir 12 Landwirte, 3 Handwerksmeister, 8 Beamte, 8 Lehrer, 1 Juristen, 6 Geistliche, 1 Staatspräsident, 1 Professor, 2 Kaufleute, 1 Großindustrieller, 1 Bankdirektor, 1 Buchdruckereibesitzer, 2 freie Berufe. Die Deutschnationalen haben unter ihren 41 Abgeordneten 4 ehemalige Arbeiter und 1 Angestellten. Im übrigen setzt sich diese Fraktion aus Vertretern von landwirtschaftlichen Schichten zusammen; man findet dort Großgrundbesitzer, Fabrikanten, höhere Beamte, Professoren. Die reine Unternehmerpartei ist die Deutsche Volkspartei. Sie zählt in ihrer Fraktion von 30 Mitgliedern 1 Arbeiter und 2 Angestellte, dagegen 6 Geschäftsführer von Unternehmerverbänden, 2 Generaldirektoren, 1 Bankdirektor, 1 Generalobersti a. D., 1 Gouverneur a. D. Wirtschaftspartei und Deutsches Landvolk haben keinen eingzigen Arbeitnehmer den Zutritt in ihre Fraktionen geöffnet. Die Zusammensetzung der Bayerischen Volkspartei ähnelt der des Zentrums, nur daß der Anteil der Arbeiter mit 2 unter 19 Abgeordneten wesentlich geringer ist. Die Christlichsozialen haben 1 Arbeiter, die Deutsche Staatspartei 2 Angestellte, die Volksnationalen 1 Arbeiter, die Konservativen 1 Angestellten in ihren Reichstagsvertretungen. Bei der Deutschen Bauernpartei und der Deutsch-Hannoveranern fehlt das Arbeiterelement völlig.

Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter"-Partei

Wie sieht es aber mit der Hakenkreuzlern, die doch nicht nur eine „sozialistische", sondern auch gleich noch eine „Arbeiter"-Partei sein wollen? Sehen wir zu, aus welchen Berufen ihre Reichstags-